



Veranstaltung der AfA-Reinickendorf zusammen mit der Abteilung Tegel-Freie Scholle zum Thema:

**Arbeitsmarktreformen 18.Wahlperiode**

Referent: Bernd Rützel, MdB  
Rathaus Reinickendorf – SPD-Fraktionssaal  
04.06.2014; Veranstaltungsbeginn: 19.15 Uhr – Ende: 21.15 Uhr  
Anwesende lt. Liste

Protokoll

1. Begrüßung

Sven Meyer begrüßt den Gast und stellt ihn den Zuhörern kurz vor. So fällt Bernds Vita in der sehr stark akademisch geprägten Fraktion schon dadurch auf, dass er – vor seinem FH-Studium – eine handwerkliche Ausbildung bei der Deutschen (Bundes-)Bahn absolviert hat.

Er stammt aus Gemünden in Unterfranken und wurde 2013 den Bundestag gewählt, wo ihn die Fraktion zum stellvertretenden Sprecher für Arbeit und Soziales ernannte und in den zuständigen Ausschuss entsandte.

Sven greift eine These aus der Vorwoche auf, wonach die Arbeit nicht mehr im Zentrum sozialdemokratischer Politik stehe. So begrüßenswert der Mindestlohn als Erfolg in den Koalitionsverhandlungen auch sei, zeige sich doch darin eine Verengung des Themas, die für ihn die Frage aufwirft, warum es überhaupt dieses Werkzeugs bedürfe. Auswüchse des Arbeitsmarktes wie die endemische Teilzeitbeschäftigung, Werkverträge und vor allem die sachgrundlose Befristung (die es nicht einmal in den ohnehin schon sehr allgemein gehaltenen Koalitionsvertrag geschafft habe), ließen die Fragen nach der sozialdemokratischen Kernkompetenz offen. So erhofft sich die anwesende sozialdemokratische Arbeitnehmerschaft von diesem Abend auch Aussagen zu den grundsätzlichen Positionen ihrer parlamentarischen Vertreter zu diesem Komplex.

2. Referat und Diskussion

(Anm.: Bernds Aussagen waren insbes. am Anfang nicht haarklein strukturiert, so dass ich einige Umstellungen vornehmen musste; außerdem bediente ich mich seiner Webseite<sup>1</sup>, um bei mir auftretende Unklarheiten möglichst aufzulösen. Das Nachfolgende entspricht demnach nicht dem tatsächlichen Ablauf der Veranstaltung, daher auch die Zusammenfassung Referat und Diskussion.)

Bernd greift unmittelbar Svens Anmerkungen zum Konflikt von sozialdemokratischem Programm und koalitionärem Zwang auf und verortet einige der Sachthemen in dieser Auseinandersetzung mit der CDU. So müsse man sich bewusst machen, dass es ein ganzer Strauß unserer Forderungen sei, der von den Konservativen im Kern abgelehnt würden: bei den Arbeitsbeziehungen gelte das nicht nur für den Mindestlohn, sondern auch für die Befristung, die Minijobs und die Leiharbeit. Insbesondere die Befristung sei in den Fachrunden schlicht nicht zu verhandeln gewesen.

Gleiches gelte auch für die abschlagsfreie Rente mit 63, die von massiven Kräften in der CDU weiterhin kompromisslos bekämpft wird.

Die eigenen Erfolge in den Verhandlungen waren demnach nur in Paketlösungen zu erreichen, was vor allem die Mütterrente betrifft: diese fand sich zwar auch in unserem Wahlprogramm, dort allerdings sollten die Kosten von geschätzten 6,7 Mrd. Euro pro Jahr für die 9,5 Mill. Frauen<sup>2</sup> über die Steuern finanziert werden. Da allerdings das Vermeiden von Steuererhöhungen für die CDU zum unumstößlichen Faktor wurde, musste die Finanzierung den Rentenkassen zugemutet werden, wo sie aus systemischen und Nachhaltigkeitsgründen nicht hingehört. Aber auch der skandalöse Umstand, dass ALG II-Empfängerinnen nicht von den zusätzlichen Rentenpunkten profitieren, ließ sich nicht ändern.

Bernd lobt dessen ungeachtet die oft kritisierten Nahles und Gabriel für ihre Verhandlungsführung und deren Ergebnisse, da man das seinerzeitige Wahlergebnis von 25,7% bei der Bewertung nicht vergessen dürfe. Und das Ergebnis der Wahl zum Europaparlament könne man (auf noch zu niedrigem Niveau) durchaus schon als

---

1 <http://bernd-ruetzel.de/>

2 <http://www.rentenpaket.de/rp/DE/Alle-Fakten/Die-Leistungen/Muetterrente/muetterrente.html>

Ermutigung für deren gewählten Kurs bewerten.

Um den Genossen die Erfolge zu verdeutlichen, stellt er die Kernpunkte des „Gesetz' zur Stärkung der Tarifautonomie“<sup>3</sup> vor, das in dieser Woche im Plenum diskutiert wird: dort findet sich eben nicht nur der Mindestlohn, „8,50 Euro, flächendeckend und ohne Ausnahme der Branche“ (Bernd), sondern auch eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung und das Arbeitnehmerentsendegesetz. Ersteres soll dem Umstand entgegenwirken, dass nur noch ein Drittel der Arbeitsverhältnisse tarifgebunden sind<sup>4</sup>: bei öffentlichem Interesse kann ein Tarifvertrag innerhalb einer Branche als verbindlich für alle Beschäftigten erklärt werden.

Das Entsendegesetz verhindert das Unterlaufen der Tarif- und Mindestlohnregelungen für ausländische Arbeitnehmer.

Noch im Juli sollen ausserdem die Beratungen zum Problemkomplex der Tarifeinheit beginnen: dem prinzipiell begrüßenswerten Aspekt, dass in einem Unternehmen nur ein Tarifvertrag für alle Beschäftigten gelten<sup>5</sup> soll, setzen v.a. kleinere Gewerkschaften die Befürchtung entgegen, die Tarifautonomie könnte auf ihre Kosten de facto beseitigt werden.

Der trotzdem noch spürbaren Ungeduld der Genossen versuchte Bernd mit dem Hinweis auf die koalitionär verabredeten Initiativen nach der Sommerpause zu begegnen: so würden dort die schon erwähnten Probleme v.a. bei Leiharbeitern, Werkverträgen und Scheinselbständigkeiten angegangen. Außerdem trete in 2016 das Teilhabegesetz in Kraft.

Stellvertretend für die zahlreichen Diskussionsbeiträge der Genossen sei die Frage nach der Gerechtigkeitslücke innerhalb der Rentenreform genannt: Bettinas Kritik an der Privilegierung der Jahrgänge 52 bis 64 bei der Rente mit 63, des nicht abgesenkten Rentenbeitrages trotz gesetzlichen Zwangs und der allgemeinen Nichtbeachtung der Lebenswirklichkeit der jüngeren Generation bei Belastungen und Vorsorgen konnte Bernd nur mit dem Hinweis auf die grundsätzliche Problematik des Umlagesystems unter den Bedingungen des demografischen Wandels beantworten. Einige zehntel Prozentpunkte weniger an Beiträgen würden dem/der einzelnen kaum über den Monat helfen, aber gleichzeitig dramatische Einbußen bei den Rentenkassen nach sich ziehen. Im Gegenteil: „22% Rentenversicherungsbeitrag würden alle unsere Probleme lösen.“ So muss man sich einstweilen schon damit zufriedengeben, dass die gesetzliche Rente nicht unter 43% sinkt.

Das von Marcus angesprochene, hoch problematische Thema Pflege konnte dann an diesem Abend nicht mehr erörtert werden.

### 3. Schlusswort

Sven gab der Hoffnung Ausdruck, dass die von Bernd genannten Initiativen das sozialdemokratische Gewicht innerhalb der Koalition noch erhöhen werde und dass wir darauf hoffen, in absehbarer Zeit die Bewertung dieser Ergebnisse gemeinsam vornehmen zu können.

Bernd nahm diese Idee auf und lud die Mitglieder der AfA-Reinickendorf für das nächste Treffen in den Bundestag ein.

© Holeczek

---

3 [http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Pressemitteilungen/2014/2013-04-02-gesetzentwurf-tarifpaket-mindestlohn.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Pressemitteilungen/2014/2013-04-02-gesetzentwurf-tarifpaket-mindestlohn.pdf?__blob=publicationFile)

4 abweichend: 60% in Westdeutschland, 48% in Ostdeutschland: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/18/18039.pdf> S.3316;

5 Bernd führt als Beispiel den Frankfurter Flughafen an, wo Dutzende Einzeltarifverträge gelten: die Konsequenzen dieses durch die Arbeitgeber mittels Outsourcing provozierten Umstands – vor allem das jeweilige Streikrecht – wollen diese jetzt gesetzlich untersagt wissen.